

Irmi Salzer

Gutes Essen für alle! Keine Ernährungssouveränität ohne Commons

Die globale Bewegung für Ernährungssouveränität arbeitet an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Agrar- und Ernährungssystems sowie an einer Wiederaneignung der Commons. Welchen Beitrag kann das Konzept der Ernährungssouveränität dazu leisten, die Teilhabe von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen im Bereich der Lebensmittelproduktion und -verteilung zu ermöglichen?

„Wir stellen uns der Verwertung, Kommodifizierung und Patentierung unserer Gemeingüter entgegen und bekämpfen diese. Zu diesen Gemeingütern zählen: Land; traditionelles, nachbaubares Saatgut und Nutztierassen in der Hand der Bauern und Bäuerinnen; die Fischbestände; Bäume und Wälder, Wasser, die Atmosphäre und unser Wissen. Der Zugang zu diesen soll nicht von Märkten und Geld bestimmt sein. Wir müssen bei der Nutzung dieser Gemeingüter die Einhaltung der Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und den gesamtgesellschaftlichen Nutzen sicherstellen. Wir erkennen unsere Verantwortung an, unsere Gemeingüter nachhaltig zu nutzen und dabei die Rechte von Mutter Natur zu respektieren. Unsere Gemeingüter sollen

durch kollektive, demokratische und gemeinschaftliche Kontrolle verwaltet werden“ (Deklaration von Nyéléni Europa, August 2011).

In den vergangenen Jahren ist zunehmend von der „multiplen Ernährungs-krise“ die Rede. Diese Krise, welche nur in Wechselwirkung mit vielen anderen Krisen (der Finanzmarkt-, Energie-, Klima-, Rohstoff-, Wirtschafts-, Demokratiekrise ...) zu begreifen ist, manifestiert sich einerseits darin, dass weltweit ca. 900 Mio. Menschen hungern, und dies nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie äußert sich andererseits in dem Umstand, dass auch und gerade in Industrieländern immer mehr Menschen keinen Zugang zu qualitativ hochwertiger, kulturell angepasster und abwechslungsreicher Nahrung haben. Dass es in der EU und in den USA, die beide durch ihre Exporte in Länder des globalen Südens zum dortigen Hungerproblem beitragen, zu Lebensmittelarmut kommt, ist eine Folge sinkender Löhne, steigender Arbeitslosigkeit und der Erodierung sozialstaatlicher Systeme, aber auch Ausdruck eines hochgradig an Profitinteressen ausgerichteten Agrar- und Lebensmittelsystems. Die Lebensmittelindustrie gehört zu den wenigen Sektoren, die trotz der europaweiten Rezession mit steigenden Profitraten aufwarten kann. Ihre Produkte basieren auf billigen – weil subventionierten – Rohstoffen, werden teuer verkauft und machen ob des hohen Fett- und Zuckergehalts krank.

Auch die Landwirtschaft in ihrer agroindustriellen Ausprägung schafft uns vielerlei Probleme. Sie ist größte CO₂-Produzentin und für die Verödung vieler Böden verantwortlich. Die Gifte, mithilfe derer sie immer mehr und immer minderwertigere Nahrungsmittel produziert, verschmutzen Wasser, Luft und Boden. Mit Gentechnik, computergesteuerten Produktionssystemen und Schlachtfabriken werden Pflanzen und Tiere, ja, die ganze Natur zu Produktionsfaktoren degradiert. Die vielfältigen Probleme in und mit der agroindustriellen Landwirtschaft sind nichts Neues. Aber erst seit der Nahrungsmittelpreiskrise 2008 beginnt eine wachsende Anzahl von Menschen, sie als brennende Frage wahrzunehmen. Alle müssen wir essen – aber viel zu wenige von uns machen sich Gedanken, woher unsere Lebensmittel stammen, von wem sie unter welchen Umständen produziert werden, welche Kämpfe mit ihrer Verteilung einhergehen (vgl. Salzer 2011: 71). Der Zugang zu Land und anderen für die Herstellung von Lebensmitteln benötigten Gütern, wie Saatgut oder Wasser, ist ein heißumkämpftes Terrain.

Ernährungssouveränität – für ein anderes Agrar- und Lebensmittelsystem weltweit!

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde 1996 beim Welternährungsgipfel der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) von La Via Campesina, dem weltweiten Bündnis von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landarbeiter_innen, Fischer_innen, Landlosen und Indigenen vorgestellt. Seit damals ist es das politische Leitmotiv, die „Richtungsforderung“ einer wachsenden Anzahl von sozialen Akteur_innen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sektoren: Bewegungen, Initiativen und Organisationen aus dem bäuerlichen Bereich, aus der Umweltschutzszene, Menschenrechtsorganisationen, Konsument_innen und Frauenbewegungen, aber auch urbane Bewegungen weltweit kämpfen für eine grundlegende Änderung unseres Agrar- und Ernährungssystems.

Ernährungssouveränität ist kein fertiges Modell, sondern wird laufend an die jeweiligen sozialen, ökonomischen und räumlichen Herausforderungen angepasst und demokratisch weiterentwickelt. Seinen Ursprung hat es in der Kritik des technischen und von Institutionen wie der FAO oder der Weltbank verwendeten Begriffs der Ernährungssicherheit. Der Begriff Ernährungssicherheit bezieht sich auf die Menge und eventuell die Qualität von Nahrungsmitteln, die den Menschen eines Landes zur Verfügung stehen. Er sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie und von wem diese Nahrungsmittel produziert werden, wer sie verteilt und konsumiert. Er blendet somit Produktionsbedingungen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus. Eine Landwirtschaft, die auf Monokulturen und industrieller Massentierhaltung basiert, die Boden und Wasser belastet sowie das Klima schädigt und die Migrant_innen als schlecht bezahlte und in prekären Verhältnissen lebende Arbeitskräfte benötigt, kann daher genauso Ernährungssicherheit gewährleisten wie eine nachhaltige, kreislaufbasierte und auf schonender Nutzung von Ressourcen aufbauende Form der Landbewirtschaftung.

Dem gegenüber ist Ernährungssouveränität das Recht aller Menschen auf gutes und kulturell angepasstes Essen, das mittels nachhaltiger Produktionsmethoden hergestellt wurde, sowie das Recht der Menschen, Nationen und Staatengemeinschaften, ihre Ernährungs- und Agrarpolitik selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität beruht auf der Etablierung von lokalen bzw. regionalen Pro-

duktionssystemen, die auf vielfältige Art und Weise miteinander vernetzt sind, der Stärkung der lokalen Kontrolle, der Mitgestaltung und der internationalen Solidarität – somit auf einer tief greifenden Demokratisierung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Verhältnisse, die das Landwirtschafts- und Ernährungssystem prägen.

Commons als integraler Bestandteil von Ernährungssouveränität

Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen und Nutztiere, Anbaumethoden und Technologien für die Herstellung von Lebensmitteln wurde über Jahrtausende entwickelt, genutzt, bewahrt und angepasst. Sie galt und gilt vielen Produzent_innen als Gemeingut oder Commons, als gemeinsam zu nutzende, zu verwaltende und zu schützende Grundlage jeglichen Landwirtschaftens. In einem historisch einmaligen Prozess wurden und werden diese Ressourcen samt dem ihnen zugrunde liegenden Wissen für die kapitalistische Nahrungsmittelproduktion enteignet. Patente auf Leben, Regulierungen der Saatgutgesetzgebung im Interesse der Agrarmultis und Aneignung von Wasserreserven sind nur einige Beispiele, wie der systematische Ausschluss von den Commons organisiert wird. Durch „Kommodifizierung“ (zur Ware werden), Privatisierung und Monopolisierung wird der Zugang zu den Commons durch Märkte und Geld geregelt, anstatt Gegenstand demokratischer Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse zu sein. Zudem bemächtigen sich Konzerne des wohl wichtigsten Gemeinguts im Bereich der Lebensmittelproduktion – des Bodens. Landnahme oder Landgrabbing wird unter anderem von Handels-, Energie- und Klimapolitiken der EU vorangetrieben und bedient die Profitinteressen des westeuropäischen Agrobusiness und des nach Anlagemöglichkeiten suchenden Finanzkapitals.

Das Beispiel Saatgut eignet sich hervorragend zur Veranschaulichung der Mechanismen der Kommodifizierung und Aneignung von Commons. Saatgut ist die Grundlage aller landwirtschaftlichen Vielfalt. Es ist im Laufe von Jahrtausenden als Gemeingut entstanden. Heute ist Saatgut aber auch ein wichtiges Handelsgut, das zahlreichen Regulierungen auf nationaler wie internationaler Ebene unterliegt. Und nicht zuletzt ist Saatgut das Objekt der Begierde einiger weniger multinationaler Konzerne. Denn der Großteil des Saatguts, das in der industrialisierten, marktorientierten Landwirtschaft verwendet wird, muss

teuer gekauft werden. Immer neue Hybridsorten mit noch besseren Eigenschaften werden in hochtechnisierten Labors entwickelt. Bauern und Bäuerinnen sowie Gärtner_innen können weder Einfluss auf die gewünschten Sorteneigenschaften nehmen, noch dürfen sie Saatgut nachbauen. Zudem versucht die Agrochemieindustrie (Konzerne wie BASF, Bayer, Syngenta und Monsanto), Regulierungen der Saatgutgesetzgebung im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Beispielsweise droht mit der derzeit verhandelten Saatgutverordnung der EU eine weitere Einschränkung der Rechte von Bäuerinnen, Bauern und Gärtner_innen, Saatgut zu tauschen und zu verkaufen, während die Konzerninteressen gestärkt werden.

Den multinationalen Konzernen genügt jedoch nicht nur die Kontrolle über das Saatgut. Sie betreiben die Patentierung von geistigem Eigentum (wie Züchtungsmethoden) und ziehen damit ein schwer durchschaubares Netz von internationalen Handels- und Lizenzsystemen auf. Dieser Handel mit geistigem Eigentum verstößt gegen die traditionellen bäuerlichen und indigenen Regeln der Weitergabe und Kontrolle des eigenen Wissens. Insbesondere in zahlreichen Ländern Osteuropas sowie des globalen Südens ist Saatgut jedoch die Grundlage der Subsistenz der Bevölkerung. Seine Regulierung und Patentierung entzieht den Bäuerinnen und Bauern ihre Produktionsgrundlagen und verwehrt den Bürger_innen den Zugang zu Lebensmitteln aus lokalem Sortenreichtum (vgl. Salzer 2011: 82)

Die sozialen Bewegungen, die für Ernährungssouveränität eintreten, sind sich dessen bewusst, dass ihr Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie ihre Gemeingüter zurückfordern. Vor allem geht es dabei um den „sicheren, nicht-diskriminierenden Zugang, sowie die Kontrolle und die nachhaltige Bewahrung unserer Gemeingüter [...]. Wir glauben, dass die Gemeingüter letztlich danach bewertet werden sollen, was sie zur Förderung der Menschenrechte, der Gleichheit zwischen den Geschlechtern und der nachhaltigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft beitragen“ (Nyeleni Europa Bewegung 2012: 8).

Zugang zu gutem Essen – für alle!

Dass Hunger und Mangelernährung kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem zugrunde liegt, ist eine lange bekannte Tatsache. Der Zugang zu Nahrung wird im kapitalistischen System entweder über die Verfügungsgewalt

über Land und andere produktive Ressourcen oder über den Markt, also über Tauschbeziehungen organisiert. Menschen, die Hunger leiden, verfügen weder über produktive Ressourcen noch haben sie Geld – sie sind also zu arm, um sich ausreichend Lebensmittel leisten zu können (vgl. Forster 2011: 7).

In den Ländern des globalen Südens sind 50 Prozent der Hungerleidenden Kleinbäuerinnen und -bauern. Um den Hunger in diesen Regionen zu verringern, sind Ernährungssouveränität und der Kampf um Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Weideland und Wälder unabdingbare Voraussetzungen.

Doch wie schaut es in den Industrieländern mit ihren hochdifferenzierten und arbeitsteiligen Lebensmittelproduktionssystemen aus? Kann das Konzept der Ernährungssouveränität, kann die Wiedereroberung der Commons einen Beitrag dazu leisten, Armut zu bekämpfen? Sind die vielfältigen Alternativprojekte rund um Lebensmittel und deren Produktion ein Baustein zu einer gerechteren und egalitären Gesellschaft oder doch nur Ausdruck von hedonistischen Lifestyle-Konzepten, eine Spielwiese von gut situierten Bürgerstöckern und -söhnen?

Initiativen und Bewegungen, die Ernährungssouveränität als alltägliche Praxis herstellen und verankern wollen, arbeiten daran, die Art und Weise der Lebensmittelerzeugung, -herstellung und -verteilung zu demokratisieren. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen – für unsere Lebensgrundlagen, für zukünftige Generationen, aber auch und vor allem für die gegenwärtige Verfasstheit unseres Agrar- und Lebensmittelsystems. Kern des Konzeptes ist das Recht der Akteur_innen – also aller, die Lebensmittel herstellen, verarbeiten, vertreiben und essen –, die Ausgestaltung des Systems demokratisch zu verhandeln. Um dieses Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung wahrnehmen zu können, braucht es aber Voraussetzungen, die in unserer von Exklusionsmechanismen und Herrschaftsverhältnissen geprägten Gesellschaft nicht selbstverständlich sind. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen sind oft von Partizipation und Teilhabe ausgeschlossen. Ernährungssouveränität will und muss daher für Bedingungen kämpfen, die es allen Menschen ermöglichen, ihre Rechte einzufordern.

„Das Recht [...], überhaupt Rechte zu haben“ (Forster 2011: 7), ist Ausgangspunkt und Grundvoraussetzung für die Demokratisierung unseres Agrar- und Ernährungssystems. Ernährungssouveränität ist deshalb zuallererst ein emanzipatorisches, ein auf ein solidarisches Miteinander ausgerichtetes Gesellschafts-

modell, das darauf abzielt, „Wirtschaft demokratisch auf die realen Bedürfnisse der Menschen neu auszurichten und die enteigneten, privatisierten und kommerzialisierten Güter in Gemeingüter zu verwandeln und sie in egalitärer, basisdemokratischer Weise zu nutzen und zu verwalten“ (Forster 2011: 7).

Und in der Praxis?

Ein prominentes Beispiel von Widerstand, Selbstorganisation und Solidarität im Sinne von Ernährungssouveränität lässt sich im krisengeschüttelten Griechenland beobachten. Die unter der Austeritätspolitik leidende Bevölkerung ist vielfach nicht mehr in der Lage, sich mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Als der Endverbraucherpreis für Kartoffeln 2012 durch die Gewinnspannen des Zwischenhandels auf bis zu 0,80 Euro/kg erhöht wurde, während Kartoffelproduzent_innen nur noch 0,11 bis 0,12 Euro/kg erhielten, gründete sich die „Bewegung der Kartoffeln“. Zunächst verteilten Bauern und Bäuerinnen Kartoffeln kostenlos unter der Bevölkerung. Bald danach gründeten sich erste Direktvermarktungsplattformen. Kartoffeln, aber auch andere Grundnahrungsmittel werden unter der Ausschaltung des Zwischenhandels von Erzeugergemeinschaften direkt an die Bürger_innen verkauft. Die Bewegung „Without Intermediaries“ (W. I., ΧΩΡΙΣ ΜΕΣΑΖΟΝΤΕΣ auf Griechisch) organisiert Bauernmärkte in zahlreichen griechischen Städten. Dabei geht es nicht nur um erschwingliche Produkte für die Endverbraucher_innen und kostendeckende Produzent_innenpreise, sondern auch um Solidarität und Eigeninitiative. Die „Nachbarschaftskomitees der Bürger_innen“, die den Verkauf ohne Zwischenhandel organisieren, engagieren sich auch gegen die Wasserprivatisierung oder unangemessene Steuerbelastungen sowie für die Bedürfnisse von besonders von Armut betroffenen Menschen. Beispielsweise werden die Lebensmittel, die auf den Bauernmärkten nicht verkauft wurden, am Abend an Bedürftige gratis verteilt (Vgl. Nyeleni Europa Bewegung 2013: 8).

Selbstverwaltete Solidaritäts- und Tauschnetzwerke sind mittlerweile in ganz Griechenland tätig. In einem Kommuniqué dieser Initiativen heißt es: „Auf den Geldmangel reagieren wir mit Solidarität und Sozialmärkten, auf einen Mangel an Nahrungsmitteln mit Selbstanbau, selbst verwalteten Gärten und mit der Erhaltung der traditionellen Lebensart der Samen! Wir organisieren uns gegen die Arbeitslosigkeit mit Kollektiven, Genossenschaften und Öko-

Kommunen, gegen die Obdachlosigkeit mit Sozialwohnungen und besetzten Häusern. Wir beseitigen den Mangel an Kameradschaft mit kollektiven Küchen. Wir reagieren auf das Demokratiedefizit und die politische Oligarchie mit direkter demokratischer Nachbarschaft. Wir nehmen die Sache selbst in die Hand, um diese schlechte Situation zu stoppen und die Lebensbedingungen zu verbessern!“ (Sacharis 2013: o. S.).

Aber nicht nur in den europäischen Ländern, in denen die Austeritätspolitiken zu dramatischen Konsequenzen für die Bevölkerung geführt haben, wächst und gedeiht die Bewegung für Ernährungssouveränität. Praktiken der Ernährungssouveränität existieren auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene: CSA-Projekte und interkulturelle Gärten, Pflanzentauschmärkte, FoodCoops, Gemeinschaftshöfe und urbane Landwirtschaftsprojekte, Kooperationen von Bäuerinnen und Bauern, Guerilla Gardening und gemeinschaftliche Pflanzaktionen, Landbesetzungen und Volkküchen In all diesen Initiativen und Bewegungen arbeiten Menschen an der (Wieder-)Eroberung der Lebensmittelerzeugung bzw. -verteilung. Sie kämpfen darum, dass sie Saatgut ungehindert tauschen, verschenken und verkaufen dürfen. Sie gründen solidarische Landwirtschaftsprojekte, bei denen Produkte und Preise voneinander entkoppelt sind und das Risiko gemeinsam getragen wird. Sie wenden sich gegen das Privateigentum an Land und die Spekulation mit sowie die Verbauung von landwirtschaftlicher Fläche. Sie verarbeiten Überschüsse gemeinsam und verteilen sie unter denen, die sie brauchen. Sie wollen Teilhabe und Inklusion aller ermöglichen und gestalten deshalb ihre Preise solidarisch, staffeln ihre Mitgliedsbeiträge oder funktionieren überhaupt nach dem Prinzip „Jede_r gibt, was sie_er kann (und nimmt, was sie_er braucht)“. Kurzum – sie wenden sich gegen ein Ernährungssystem, das auf Profit und Wachstumszwängen beruht, und stellen somit das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem infrage.

Zurzeit sind diese Initiativen und Bewegungen aufgrund ihrer (wenn auch rasch ansteigenden) Anzahl und/oder Größe noch nicht in der Lage, dem kapitalistischen Agrar- und Ernährungssystem und seinen Exklusions- und Repressionsmechanismen Einhalt zu gebieten. Trotz ihres Anspruchs ist es ihnen bisher auch nur in unzureichendem Ausmaß gelungen, Menschen, die in Armut leben müssen, einzubeziehen. Es wird noch einiger Anstrengungen und gemeinsamer Lernprozesse bedürfen, um Teilhabe von Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen und emanzipatorische Handlungsspielräu-

me auch für die an den Rand Gedrängten zu eröffnen. Voneinander zu lernen, Erfahrungen verfügbar zu machen, Austausch zu praktizieren, Solidarität und Mut, Einsatzbereitschaft und Kreativität zu zeigen – das sind wesentliche Anforderungen für eine Bewegung, die sich nicht nur „gutes Essen“, sondern „gutes Leben für alle“ zum Ziel gesetzt hat. Oder, wie es die Teilnehmer_innen des ersten europäischen Forums für Ernährungssouveränität „Nyéléni Europa 2011“ in Krems formulierten: „Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften“ (Deklaration von Nyéléni Europa, August 2011).

LITERATUR

- FORSTER, FRANZISKUS (2011): Ernährungssouveränität. In: CONTRASTE Nr. 319. Heidelberg, 7.
- NYÉLÉNI EUROPA BEWEGUNG (2012): Synthesebericht und Aktionsplan. Brüssel.
- NYELENI EUROPA BEWEGUNG (2013): 2. Newsletter. <http://www.nyelenieurope.net/en/download/category/40-deutsch>, 18.06.2013.
- SACHARIS, FILIPPOS (2013): Tauschen statt kaufen. In: neues deutschland. Sozialistische Tageszeitung, 20. Februar 2013. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/813536.tauschen-statt-kaufen.html>, 20.07.2013.
- SALZER, IRMI (2010): Die Bäuerinnen (und Bauern) der Zukunft. In: Loibl, Elisabeth/Hoppichler, Josef (Hg.): Schmachthafte Aussichten? Die Zukunft der Lebensmittelversorgung. Forschungsbericht Nr. 63 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien, 71–75.
- SALZER, IRMI (2011): Kulturpflanzenvielfalt, bäuerliche Landwirtschaft und Strukturwandel in Niederösterreich und anderswo. In: Erich Steiner (Hg.): Kraut & Rüben. Kulturpflanzen im Blickpunkt. Linz, 79–83.